

---

**185/PET XXIV. GP**

---

Eingebracht am 17.01.2013

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Petition



Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag<sup>a</sup> Barbara Prammer

Parlament  
1017 Wien

Telefon +43-1-40110-6672  
Telefax +43-1-40110-6882  
E-Mail [wolfgang.pirkhuber@gruene.at](mailto:wolfgang.pirkhuber@gruene.at)  
<http://www.pirkhuber.at>  
Abg z NR DI Dr Wolfgang Pirkhuber  
Sprecher für Landwirtschaft,  
Lebensmittelsicherheit und Regionalpolitik

Wien, 14. Dezember 2012

**Betreff:** Petition der Katholischen Arbeitnehmer/innen Bewegung in Tirol für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung aller Güter und die Schaffung einer wirklichen Sozialen Marktwirtschaft

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs 1 GOG-NR überreiche ich die Petition der Katholischen Arbeitnehmer/innen Bewegung in Tirol für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung aller Güter und die Schaffung einer wirklichen Sozialen Marktwirtschaft mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Pirkhuber

DER GRÜNE KLUB IM PARLAMENT . 1017 WIEN . ÖSTERREICH

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

**Eine starke KAB  
ist heute wichtiger denn je!**

**KAB**

**KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN  
BEWEGUNG TIROL**

KAB TIROL · A-6020 INNSBRUCK · RENNWEG 12

**Frau  
Mag. Barbara Prammer  
Präsidentin des Nationalrates  
Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien**

A-6020 INNSBRUCK · RENNWEG 12

TEL / FAX +43-(0)512 58 78 69-23  
kab@dioezese-innsbruck.at

**Innsbruck, 3. Dezember 2012**

## **Resolution**

Sehr geehrte Frau Mag. Prammer!

Als sozialorientierte Laienbewegung innerhalb der katholischen Kirche Österreichs ist es uns ein besonderes Anliegen, dass bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens (Politik) Grundwerte wie lebendige Demokratie, Gemeinwohl, Solidarität, Subsidiarität und gerechte Verteilung der Einkommen beachtet werden.

Dahingehend besteht auf Grund der derzeitigen politischen Aktivitäten unsererseits eine gewisse Sorge, dass diese Grundwerte nicht ausreichend beachtet werden. Wir haben uns bei der diesjährigen Generalversammlung deshalb auch mit den einschlägigen Themen beschäftigt und eine Resolution verfasst, die wir Ihnen in der Anlage übersenden.

Hochachtungsvoll  
Wechselberger Franz  
Vorsitzender der KAB Tirol

Beilage: Resolution der KAB Tirol

BANKVERBINDUNG: HYPO TIROL BANK  
BLZ 57000 KTO 120 304 371  
DVR - 0029874 (12390)  
Z V R - 5 7 3 9 7 2 4 0 0

EINE GRUPPIERUNG DER  
KATHOLISCHEN AKTION

 DIÖZESE  
INNSBRUCK

Eine starke KAB  
ist heute wichtiger denn je!



**KAB**  
KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN  
BEWEGUNG TIROL

## **Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung - KAB Tirol.**

**Resolution** anlässlich der

**Generalversammlung** am 27. Oktober 2012, in Innsbruck.

Das gesellschaftspolitische Umfeld, in dem wir uns derzeit befinden, ist gekennzeichnet von Baustellen, vielen Diskussionen und politischem Hickhack, ohne klare Entscheidungen, die von der Bevölkerung erwartet und mit Recht eingefordert werden.

Die EU als ein ursprünglich riskantes Projekt ist heute eine Erfolgsgeschichte! Sie schaffte in vielen Bereichen viele Freiheiten und vor allem dauerhaften Frieden, ursprünglich für viele unvorstellbar. Die wirtschaftlichen Erfolge für die zusammengeschlossenen Länder sind unbestritten. Natürlich ist diese EU nach wie vor ein Experiment mit vielen Fort- und Rückschritten, eben eine langfristige Baustelle.

Derzeit belastet die Bewältigung der Banken- und Schuldenkrisen das Denken und Handeln der meisten Verantwortlichen und Politiker in der EU, in all ihren Ländern und in der Welt. Ebenso ist die Gestaltung der politischen Zukunft der Gemeinschaft hochaktuell und brisant.

Unverständlich und abzulehnen ist aber die Art der Diskussion, bei der den Bürgern suggeriert wird, dass nun sie für die fehlenden Unsummen zur Bankenrettung und Schuldentilgung vorwiegend sparen und bezahlen müssen. Ausgelöst wurden diese Probleme letztlich vom unverantwortlichen Handeln einer gierigen Finanz- und Bankenlobby, deren Institute dann mit Milliardenbeträgen vor dem Zusammenbruch mit öffentlichem Geld gerettet werden mussten. Bei der nun notwendigen Spardiskussion wird vorwiegend auf die großen Budgetposten für Pensionen, Soziales und Bildung gezielt, eine Belastung von Vermögensinhabern aber kaum erwägt. Dies schützt die wahren Kostenverursacher, deren Vertreter somit nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Für den Bürger ist es unerträglich, wenn bei diesen Spar- und Reformdiskussionen nur partei-ideologische Stehsätze bis zum Überdross vorgetragen werden, sachliche Überlegungen zu mehr Gerechtigkeit für alle aber nicht zum Tragen kommen.

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

Uns als Arbeitnehmer brennen darüber hinaus einige Probleme unter den Nägeln, deren Behandlung und Lösung wir hiermit einfordern:

Die Eindämmung von prekären Arbeitsverhältnissen, die schon sehr bedenkliche Ausmaße annehmen. Die Auswirkungen und Spätfolgen dieser „neuen Verträge“ auf spätere fehlende Pensionsansprüche werden dabei dezent übergangen und von den Betroffenen oft übersehen.

Alle Änderungen in Richtung einer Verlängerung der Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen im Handel lehnen wir als KAB vehement ab und wehren uns dagegen, vor allem wenn dafür nur einseitige Wettbewerbsvorteile geschaffen werden sollen.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ideologische und parteipolitische Differenzen endlich abzubauen, die Probleme der Menschen ernst zu nehmen und Lösungen dafür zu suchen. Dabei muss das Prinzip des **Gemeinwohls für alle Menschen** im Vordergrund stehen!

Es geht hier nicht um eine „Neiddebatte“, wie dies oft dargestellt wird. Wir fordern mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung aller Güter und die Schaffung einer wirklichen **„Sozialen Marktwirtschaft“**.

Derzeit läuft die Güterverteilung eindeutig von „Arm zu Reich“ und damit in eine verkehrte Richtung. Die so entstehende, gefährliche Schere wird immer größer. Dies wird von allen Sozialstudien einmütig und eindeutig festgestellt und belegt. Wir halten dies für eine sehr gefährliche Entwicklung, die letztlich den sozialen Frieden gefährdet und zu einer Radikalisierung der ungerecht Betroffenen führen kann. Beispiele dafür aus dem Süden Europas liefern uns die Medien täglich ins Haus!

**Für Rückfragen:**

**Bruno Holzhammer, Tel. 0664 5165837, Email: [bruholz@a1.net](mailto:bruholz@a1.net)**